

Themenblätter im Unterricht

Frühjahr 2004_Nr. 35

Staatsverschuldung

Ausmaß und Folgen



bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung

Seite 3 – 6

Seite 7 – 62

Seite 63

Anmerkungen für die Lehrkraft
2 Arbeitsblätter im Abreißblock
zum Thema: *Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen*
Literaturhinweise und Internetadressen

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zum Autor:



Gerhard Wilke,

geb. 1945, Dr. rer. pol., habilitierte sich in Tübingen und ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule Nürtingen. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Arbeitsmarkt, Beschäftigung und struktureller Wandel. Er ist Verfasser des Schulbuches *Wirtschaftspolitik* (Cornelsen 2003). *Weitere Veröffentlichungen:* *Die Zukunft unserer Arbeit* (Campus 1999), *John Maynard Keynes* (Campus 2002), *Neoliberalismus* (Campus 2003). Bei der Bundeszentrale für politische Bildung: *Pocket Wirtschaft* (2003); *Themenblätter im Unterricht* Nr. 30 (Herbst 2003); *Arbeitslosigkeit* (zusammen mit L. Schaechterle).

Themenblätter

→ www.bpb.de > Publikationen (dort auch die vergriffenen)

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Bundestag/Bundesrat (vergriffen)
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? Bestell-Nr. 5.354
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356 (vergriffen)
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362 (vergriffen)
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363 (vergriffen)
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365 (vergriffen)
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367 (vergriffen)
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368 (vergriffen)
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89. Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle. Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat. Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken. Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378
- Nr. 29: Nationale Symbole Bestell-Nr. 5.379
- Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen Bestell-Nr. 5.380
- Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland Bestell-Nr. 5.381
- Nr. 32: Familienbande Bestell-Nr. 5.382
- Nr. 33: Internet-Sicherheit Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU. Bestell-Nr. 5.384
- Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen Bestell-Nr. 5.385
- Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA Bestell-Nr. 5.386
- Nr. 37: 20. Juli 1944: Attentat auf Hitler Bestell-Nr. 5.387
- Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie Bestell-Nr. 5.388

Abonnieren Sie den bpb-Schulnewsletter!

→ www.bpb.de/newsletter

und erhalten Sie Informationen zu den aktuellen Publikationen, Projekten und Angeboten der bpb rund um Schule und Unterricht: vier Mal im Jahr – das gebündelte Angebot der bpb.

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de

Autor: Gerhard Wilke
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Sabine Klingelhöfer

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: Thomas Pläßmann
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.
Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.
Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: April 2004
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.385 (siehe Bestellcoupon S. 63)

Gerhard Willke

Staatsverschuldung

Hinweise zur Verwendung dieses Themenblatts

Zweck des „Lehrerblatts“ ist eine grundlegende Orientierung für Lehrerinnen und Lehrer (insbesondere für jene, die „fachfremd“ unterrichten). Zunächst wird die Staatsverschuldung in den Rahmen der öffentlichen Finanzen eingeordnet. Dann kommen Umfang, Ursachen und Auswirkungen der Staatsverschuldung zur Sprache. Am Ende steht der Versuch einer knappen Bewertung. Das „Schülerblatt“ soll die Lernenden zum selbständigen Arbeiten anregen; in den einzelnen Unterrichtsphasen können verschiedene Arbeitsweisen und Sozialformen erprobt werden. Es gibt Hinweise, wie das Thema in Projekten bearbeitet werden kann.

„Da tickt eine Zeitbombe“

Bundesfinanzminister Hans Eichel
über die steigende Staatsverschuldung

Wozu braucht der Staat so viel Geld?

Der Staat erfüllt vielfältige und wichtige Aufgaben für die Gesellschaft. In der Praxis heißt dies, dass Bund, Länder und Gemeinden über ihre Haushalte „öffentliche Güter“ bereitstellen: innere und äußere Sicherheit, Infrastrukturen, Krankenhäuser, Verwaltung und Gerichtsbarkeit, Schulen und Hochschulen usw. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, benötigt der Staat Geld – viel Geld. Im Jahr 2003 lagen die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für „Staatsdiener“, laufende Sachausgaben und staatliche Investitionen bei ca. 610 Mrd. €. Die erforderlichen Mittel beschaffen sich die Gebietskörperschaften durch Steuern und Abgaben, über deren Art und Höhe die Parlamente beschließen. Beim Bund entfallen ca. 85% der Einnahmen auf Steuern, bei den Ländern ca. 70%; der Rest setzt sich zusammen aus Abgaben, Gebühren – und Krediten.

Reichen die regulären Einnahmen nicht aus, um die geplanten Ausgaben abzudecken, liegt ein Haushaltsdefizit vor, das eine Kreditaufnahme nötig macht. Die Gebietskörperschaften müssen sich also verschulden, wenn sie mehr ausgeben als einnehmen. Kredit bekommt der Staat bei Banken, (Lebens-)Versicherungen und privaten Bürgern, die ihre Ersparnisse z.B. in verzinslichen Staatsanleihen anlegen. Für die aufgenommenen Kredite fallen Zins- und Tilgungszahlungen an; dies bedeutet, dass verschuldete Gebietskörperschaften einen Teil ihrer Steuereinnahmen zur „Bedienung“ ihrer Schulden abgeben müssen. Dies hat ausgesprochen negative Folgewirkungen. Bevor diese untersucht werden, erscheint zunächst ein empirischer Überblick über die Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland angebracht.

Gesamtverschuldung:

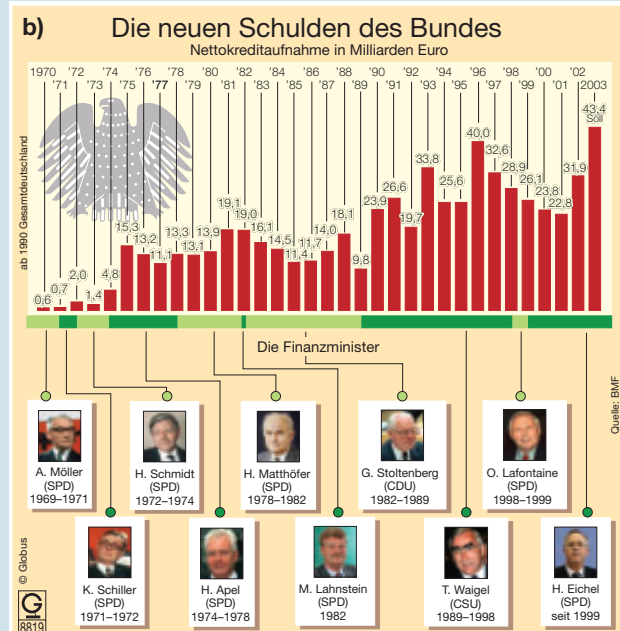
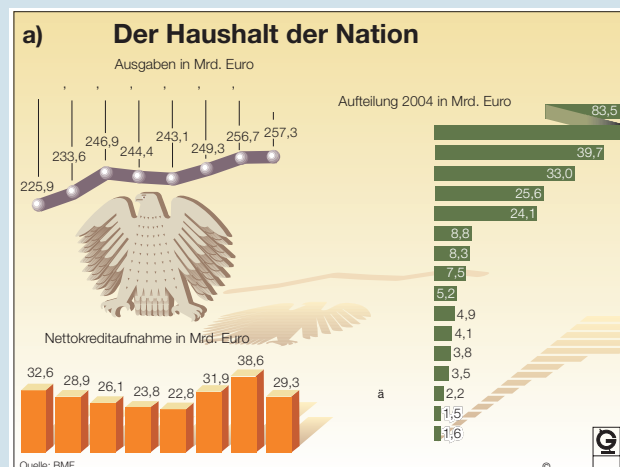
Die Summe der in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt aufgelaufenen Schulden.

Neuverschuldung:

Der Betrag, der in einem Haushaltsjahr an neuen Schulden aufgenommen wird. Um diesen erhöht sich die Gesamtverschuldung.

Abbildung 1:

Bundeshaushalt und Nettokreditaufnahme des Bundes



Daten: BMF; FAZ vom 26.11.2003

Der empirische Befund: Es geht aufwärts

Nach der Annullierung der im Kriege aufgetürmten Staats-schulden durch die Währungsreform 1948 begann die Schuldenentwicklung im Nachkriegsdeutschland zunächst sehr verhalten. Einen ersten spürbaren Anstieg der Staatsverschuldung brachten die 70er Jahre, als Konjunkturprogramme („deficit spending“) und umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen („Zukunftsinvestitionen“) sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen den Schuldenstand des **Bundes** von knapp 25 Mrd. € auf über 157 Mrd. € mehr als versechsfachten. Ein zweiter Schub setzte mit der deutschen Einheit ein. Massive West-Ost-Transfers verdreifachten nahezu die Verschuldung des Bundes von 277 Mrd. € (1990) auf 820 Mrd. € (2003); die Gesamtverschuldung **aller** öffentlichen Hände stieg auf 1.350 Mrd. € an (Stand: Ende 2003; vgl. Abbildung 2). Tendenz: weiter steigend.

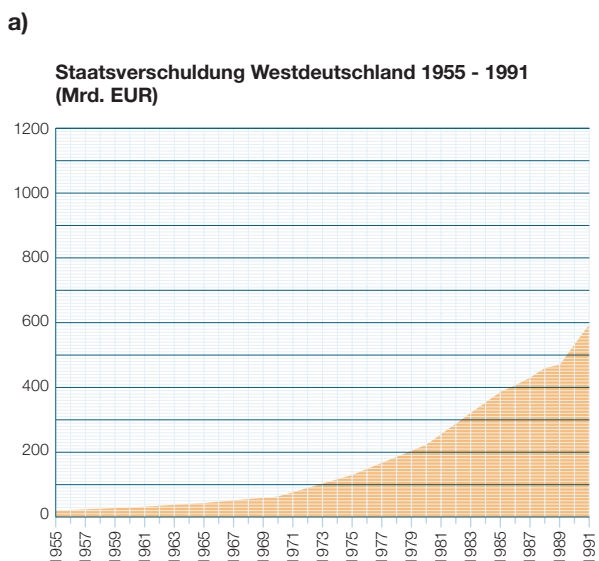
Diese öffentliche Gesamtverschuldung setzt sich zusammen aus der Verschuldung des Bundes (62%), der Länder (30%) und der Gemeinden (8%). Bei einer Bevölkerung von 82 Mio. liegt die Staatsverschuldung pro Kopf zu Beginn des Jahres 2004 bei ca. 16.500 €.

Die Staatsverschuldung sollte nicht nur in ihrer absoluten Höhe gesehen werden, sondern vielmehr in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Diese „Schuldenquote“ als Verhältnis von Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich von rund 17% im Jahr 1960 auf inzwischen fast 61% erhöht. (Laut EU-Stabilitätspakt sollte die Staatsschuldenquote 60% des BIP nicht übersteigen.)

In den untenstehenden Grafiken wird in zwei Teilperioden der Verlauf der Staatsverschuldung 1955–2003 dargestellt:

Abbildung 2:

Anstieg der Staatsverschuldung in Deutschland



Nettokreditaufnahme:

Hat dieselbe Höhe wie die Neuverschuldung. Dagegen umfasst die **Bruttokreditaufnahme** diesen Betrag plus die Schulden, die aufgenommen wurden, um alte Schulden abzulösen.

Defizit:

Dieser Begriff ist gefährlich, denn er wird oft falsch oder missverständlich benutzt. Defizit ist der Betrag, um den **in einem Haushaltsjahr** die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. In der Zeitung steht: „Das Defizit wurde im laufenden Jahr abgebaut.“ Das bedeutet: „Im laufenden Jahr gab der Staat mehr aus, als er einnahm. Letztes Jahr war es noch schlimmer. Der Schuldenberg wuchs in beiden Jahren.“ Viele missverstehen das als „Die Gesamtverschuldung wurde verringert.“

Zins:

Der Preis, den ein Kreditnehmer (also auch der Staat) dafür zahlt, dass ihm Geld geliehen wird.

Tilgung:

Rückzahlung des geliehenen Kapitals.

Umschuldung:

Neuaufnahme eines Darlehens, um eine alte Schuld zu begleichen. Seit 1965 hat die Bundesrepublik Deutschland nie getilgt, immer nur umgeschuldet.

Woher kommen die Kredite für den Staat?

Um Haushaltsdefizite zu finanzieren, nehmen Bund und Länder Darlehen auf. Es gibt eine Vielzahl von Kreditformen – Bundes- und Länderanleihen, Obligationen, Schuldscheindarlehen, Bundesschatzbriefe etc. –, die über den Kapitalmarkt („Rentenmarkt“) von institutionellen und privaten, in- und ausländischen Anlegern gekauft werden. „Staatspapiere“ sind für Anleger interessant, weil sie eine auskömmliche Verzinsung bei geringem Risiko (von Kursschwankungen oder Kapitalverlust) aufweisen. Der Bund finanziert sich vor allem über Anleihen und Obligationen, die Länder überwiegend durch direkte Kredite von Banken und Versicherungen.





Finanzminister in Not.

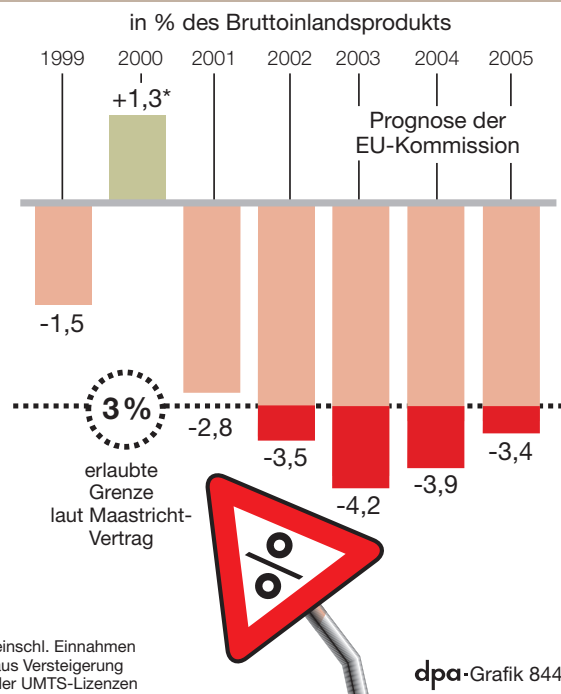
Zeichnung: Haitzinger

Eichel macht Rekordschulden

Der Bund wird in diesem Jahr so viel Schulden machen wie noch niemals zuvor in der Geschichte der Republik. Die Nettokreditaufnahme für 2003 klettert auf rund 41 Milliarden Euro statt der vorgesehenen 18,9 Milliarden Euro. Das hat die Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder am 15. Oktober beschlossen. Finanzminister Hans Eichel (SPD) muss sich so hoch verschulden, weil wegen der schleppenden Konjunkturentwicklung Steuereinnahmen ausbleiben und deutlich höhere Ausgaben für die gestiegene Arbeitslosigkeit anfallen.

DER SPIEGEL 41/2003 – 04. Oktober 2003

Das deutsche Haushaltsdefizit



Ursachen der hohen Staatsverschuldung

Die dramatisch gestiegene Staatsverschuldung ist Folge der Jahr für Jahr akkumulierten Defizite der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Sind die Einnahmen geringer als die Ausgaben, müssen die entsprechenden Fehlbeträge durch Kreditaufnahme gedeckt werden. Die Summe aller ausstehenden öffentlichen Kredite ergibt die Staatsverschuldung. (Zum Kreditbedarf des Bundes in den letzten Jahren vgl. Abb. 1b.)

Auf der Einnahmenseite bestand das Hauptproblem seit den 90er Jahren in der schwachen Konjunktur, die zu erheblichen Steuerausfällen führte. Auf der Ausgabenseite waren es die außergewöhnlichen finanziellen Belastungen in der Folge der deutschen Einheit, aber auch die hohe Arbeitslosigkeit, die bei Bund und Ländern zu jährlichen Mehrausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe führten. Im Jahre 2003 lag die Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte bei über 80 Mrd. € (das sind über 4% des BIP; nach EU-Stabilitätspakt sind maximal 3% zulässig). Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2003 wurden aus öffentlichen Haushalten (überwiegend: vom Bund) Transferzahlungen nach Ostdeutschland von ca. 70 Mrd. € pro Jahr geleistet – vor allem zur Finanzierung von Sozialleistungen. Es war eine politisch vertretbare, ökonomisch jedoch sehr fragwürdige Entscheidung, diese Transferzahlungen „auf Pump“ zu finanzieren (statt zumindest teilweise durch einen neuerlichen „Lastenausgleich“ oder ein „Notopfer“). Im Verlauf eines Jahrzehnts hat sich die Staatsverschuldung dadurch verdreifacht. An den Folgen werden wir noch lange zu kauen haben.

Auswirkungen der Staatsverschuldung

Die hohe Staatsverschuldung bringt gewaltige Zinsverpflichtungen der öffentlichen Haushalte mit sich. (Eine Tilgung findet faktisch nicht statt, weil fällige Titel durch neue Kreditaufnahme abgelöst werden.) Die laufenden Zinsverpflichtungen belasten die Haushalte in steigendem Maße und engen den finanzpolitischen Spielraum immer stärker ein. Im Jahre 1990 betragen die Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 33 Mrd. €; bis zum Jahre 2002 hatten sie sich auf 66 Mrd. € verdoppelt. Dies bedeutet, dass immer weniger Mittel für dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen und Reformvorhaben zur Verfügung stehen. Im Entwurf des Bundeshaushaltes 2004 sind 38 Mrd. € für Zinszahlungen vorgesehen, das sind über 15 % der Gesamtausgaben.

Ein weiterer, überaus negativer Aspekt der öffentlichen Zinszahlungen ist die dadurch bedingte Einkommensumverteilung „von unten nach oben“: An der Finanzierung der Zinszahlungen sind zwangsweise alle Steuerpflichtigen beteiligt, während die Zinserträge überwiegend den Vermögenden zufließen, die es sich leisten können, ihre Mittel in Staatsanleihen zu investieren.

Zu erwähnen ist noch ein dritter negativer Aspekt, nämlich dass der Staat mit seiner hohen Kreditnachfrage als Konkurrent der privaten Unternehmen auf dem Kapitalmarkt auftritt – und dadurch deren Kreditaufnahme tendenziell verteuert („crowding out“).

Wie ist die Staatsverschuldung zu bewerten?

Staatliches Schuldenmachen ist dann akzeptabel, wenn damit öffentliche Investitionen finanziert werden; manche Investitionen (z.B. in Bildung) bringen hohen gesellschaftlichen Nutzen. Auch kann es in Phasen der Rezession sinnvoll sein, vorübergehend Haushaltsdefizite in Kauf zu nehmen, um die Konjunktur anzukurbeln. Dem muss jedoch ein Abbau von Haushaltsdefiziten, ja sogar eine effektive Tilgung in Phasen guter Konjunktur gegenüberstehen. Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte in der Größenordnung von 80 Mrd. € und eine Zinslastquote des Bundeshaushaltes von über 15% sind schädlich für das Wachstum, sozial ungerecht und schränken den finanzpolitischen Spielraum übermäßig ein.



Zeichnung: Thomas Plaßmann

Kurzfristig gesehen besteht ein Konflikt zwischen dem konjunkturell Nötigen und dem haushaltspolitisch Erwünschten. Da schwaches Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit Gift sind für die öffentlichen Haushalte, wäre es vernünftig, das Wachstum anzuregen, um die Beschäftigung zu erhöhen. Dazu müsste der Staat jedoch die Steuern senken und die Gesamtnachfrage erhöhen. Genau dies aber würde das Haushaltsdefizit verschärfen. Die Lösung dieses Konflikts könnte man sich so vorstellen, dass in Phasen der Wachstumsschwäche Haushaltsdefizite hingenommen werden, jedoch mit der strikten und verpflichtenden Auflage, in Phasen besserer Konjunktur das Haushaltsdefizit abzubauen und die öffentlichen Haushalte mittel- bis längerfristig zu sanieren.

Fördern zusätzliche Staatsschulden das Wachstum?

Je weniger Finanzminister Eichel seinen Haushalt im Griff hatte, desto mehr entdeckte er das Argument, dass schuldenfinanzierter Staatskonsum das Wirtschaftswachstum anschiebe. Höhere Staatsschulden bedingen aber, dass private Investoren höhere Zinsen zahlen müssen, und verdrängen so private Investitionen. Höhere Staatsschulden erhöhen die Zinslast des Staates. Die Deutschen ahnen, dass sie Schulden und Zinslast künftig mit höheren Steuern zurückzahlen müssen. All das spricht dagegen, dass höhere Defizite in Deutschland einen Wachstumsschub auslösen. Die Konsum- und Investitionsbereitschaft schiebt Eichel am besten an, indem er einen überzeugenden, langfristigen Plan zum Abbau der Defizite und Schulden präsentiert – und diesen dann auch einhält.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
vom 28.12.2003, S. 26

Unterrichtsprojekt:

Hier ein Vorschlag, wie Sie das Thema mit den Schülerinnen und Schülern auf kommunaler Ebene bearbeiten können. Fragestellungen könnten **für eine erste Gruppe** zum Beispiel sein:

- Zinsbelastung des Gemeindehaushalts?
- Verschuldung pro Einwohner?
- (...)

Wie sieht es mit der Verschuldung in meiner Gemeinde aus?

Befragen Sie geeignete Experten^{innen} (z.B. Stadtkämmerer^{innen}, Mitglieder^{innen} des Haushaltsausschusses des Gemeinderates).

Erstellen Sie dazu vorher einen Fragekatalog.

Beispielfragen:

- aktuelle Höhe der Gesamtverschuldung der Gemeinde?
- Verschuldung im laufenden Jahr (Haushaltsdefizit)?
- zeitliche Entwicklung der Verschuldung?

In parallelen Teilprojekten könnte **eine zweite Gruppe** die entsprechenden Daten für das eigene Bundesland erheben, z.B. aus dem Internet.

(Suchpfad: Landesregierung → Finanzministerium, dann suchen mit Stichworten wie Haushalt, Finanzplanung, Schulden, Schuldendienst etc.; Adressen siehe letzte Umschlagseite.)

Eine dritte Projektgruppe könnte die entsprechenden Daten für den Bund und **eine vierte Gruppe** die Zahlen für den öffentlichen Gesamthaushalt (gesamte Staatsverschuldung) ermitteln.

Gerhard Willke

Staatsverschuldung

„Da tickt eine Zeitbombe“, sagt Bundesfinanzminister Hans Eichel, und meint damit die steigende Staatsverschuldung in Deutschland. Der Minister weiter: „Durch Schulden haben wir einen Großteil unserer Zukunft verfrühstückt. So können wir nicht weitermachen. 1960 mussten wir nur 1,6% des Bundeshaushalts für Zinsen ausgeben; heute beträgt der Anteil über 15%. Leider haben wir in den letzten Jahrzehnten immer weniger die Zukunftsaufgaben zum Schwerpunkt unserer Haushalte gemacht - dafür immer mehr die Zinszahlungen. So darf es nicht weitergehen. Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass Zinsen und Sozialausgaben den Bundeshaushalt dominieren, zu Lasten wichtiger Zukunftsaufgaben.“

Aus: TV-Magazin Panorama am 18.4.2002

Setzen Sie sich zunächst mit den Äußerungen des Bundesfinanzministers auseinander; beziehen Sie dabei die Grafiken mit ein.

Berechnen Sie die Höhe der Zinszahlungen des Bundes (im Jahr 2004), wenn der Bundeshaushalt (laut Entwurf) bei 257,3 Mrd. € und die Zinslastquote des Bundes bei 15,8 % liegt.

Begründen Sie, warum hohe Zinszahlungen zu Lasten von „Zukunftsaufgaben“ gehen.

.....

.....

.....

Sammeln Sie Argumente, die den Bundesfinanzminister veranlasst haben könnten, die steigende Staatsverschuldung als „Zeitbombe“ zu bezeichnen.

.....

.....

.....

Wie könnte man diese „Zeitbombe“ entschärfen?

.....

.....

Die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden

Schuldenstand der Gebietskörperschaften (in Mrd. €)

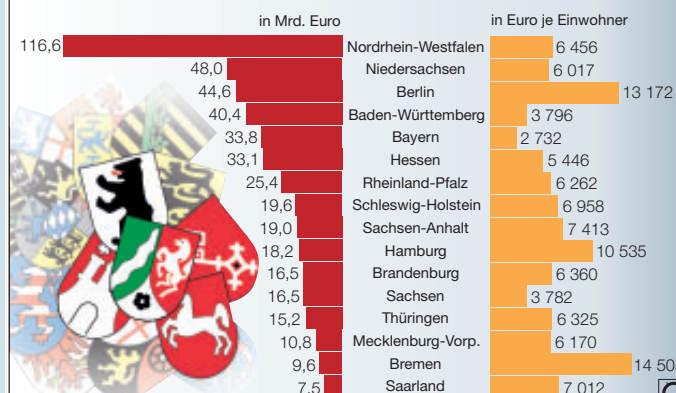
	2001	2002	2003
Öffentlicher Gesamthaushalt	1.203,887	1.253,195	1.168,567
Bund	697,290	719,397	7.53,617
Sondervermögen des Bundes¹	59,084	59,210	
Länder	357,684	384,773	
Gemeinden/ Zweckverbände	89,829	89,815	

¹ Zu den „Sondervermögen“, die faktisch „Sonderschulden“ darstellen, gehören unter anderen der Lastenausgleichsfonds, der Fonds Deutsche Einheit und der Erblastentilgungsfonds.

Daten: Statistisches Bundesamt; BMF. Aktuelle Zahlen zu 2003 ab Sommer unter: → www.destatis.de/themen/d/thm_finanzen.htm

Die Schulden der Länder

Schuldenstand der Länder* Ende 2002



*Gemeinden und Zweckverbände eingeschlossen

Quelle: Stat. Bundesamt

© Globus 8729

Anfang des Jahres 2004 beträgt die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden die unvorstellbare Summe von über 1,335 Billionen €. **Schreiben Sie das mal als Zahl aus!**

Den genauen aktuellen Schuldenstand [„Schuldenticker“] finden Sie unter → www.steuerzahler.de in der Webseiten-Kopfleiste.

Berechnen Sie die gesamte Zinslast der öffentlichen Haushalte, wenn der durchschnittliche Zinssatz bei 6 % bzw. bei 5 % liegt. Was muss die öffentliche Hand also weniger aufwenden, wenn der durchschnittliche Zinssatz um einen Prozentpunkt fällt?

6 %: 5 %: Differenz:

Schlagen Sie einen Verwendungszweck für diesen (theoretisch) „eingesparten“ Betrag vor:

.....

.....

Tragen Sie die wichtigsten Daten zur gesamten Staatsverschuldung in die folgenden Kästen ein:

1. Aktuelle Staatsverschuldung in Deutschland in Euro:
2. Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland in Euro:
3. Schuldenstand in meinem Bundesland in Euro:

Tipp: → www.bundesfinanzministerium.de Suche: Schuldenstand

Nehmen Sie Stellung zu folgendem Text:

Besitzer von Geldvermögen profitieren von der Staatsverschuldung. Je mehr sie dem Staat leihen, desto mehr Zinsen muss der Staat an sie zahlen. Während die Mehrheit der Bevölkerung für die Staatsschulden über die Steuerzahlungen aufkommen muss, kassieren die Geldvermögensbesitzer die Zinsen.

Vor allem in den 90er Jahren steigerte die Kohl-Regierung die Schulden von 540 Milliarden Euro auf über 1200 Milliarden Euro. Die Zinszahlungen schnellten in die Höhe. Es ist auf Dauer untragbar, dass rund 15 Prozent der Steuereinnahmen des Bundes und über sieben Prozent der gesamten Staatskasse für Zinszahlungen ausgegeben werden müssen. Hierdurch findet eine permanente Umverteilung von steuerzahlenden Beschäftigten an Vermögensbesitzer statt. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, zumindest die jährliche Neuverschuldung herunter zu fahren und perspektivisch auch eine Verringerung des Schuldenstandes anzustreben.

→ http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x0003744c (Gewerkschaft Verdi)

Finden Sie eine Überschrift.

Wie sieht konkret die im Text genannte „permanente Umverteilung“ aus?

Wem kommen die Zinszahlungen zugute, die den Banken und Versicherungen zufließen?

Wem nutzt und wem schadet die Staatsverschuldung?

Welche Alternativen gibt es zur Staatsverschuldung?

Beachten Sie dazu auch den folgenden Text.

Die Neuverschuldung 2003 muss von 18,9 Mrd. auf 43,4 Mrd. angehoben werden. Sie übersteigt damit die Summe der im Haushaltsplan 2003 veranschlagten Investitionen von 26,7 Mrd. Euro deutlich. Dies ist aufgrund der Ausnahmeregelung des Artikels 115 Abs. 1 GG zulässig, da bei der gegebenen Stagnation und dem Grad der Arbeitslosigkeit das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Massive Ausgabenkürzungen, die auch den Investitionsbereich umfassen müssten, sind keine Alternative. Sie würden prozyklisch wirken und für die konjunkturelle Entwicklung die Gefahr einer Spiraldrehung nach unten in sich tragen. [...] Voraussetzung einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung ist die Überwindung der Wachstumsschwäche.

→ www.marliesvolkmer.de > Berliner Notizen 9.03 vom 24.11.2003 von MdB Dr. Marlies Volkmer, SPD.



Literaturhinweise

· Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

Der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank behandelt volkswirtschaftliche Themen aus dem nationalen und internationalen Umfeld, darunter insbesondere geld- und währungspolitische sowie finanz- und konjunkturpolitische Themen.

In den Monaten Februar, Mai, August und November wird im Monatsbericht ausführlich über die Wirtschaftslage in Deutschland berichtet. → http://217.110.182.53/vo/vo_mb.php

· Der Bundeshaushalt. Politik in Zahlen. Broschüre des Bundesfinanzministeriums. Erhältlich (download) unter

→ www.bundesfinanzministerium.de/Anlage12107/Broschuere-Der-Bundeshaushalt-Politik-in-Zahlen.pdf

· Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung

Bereitstellungspauschale 2.- Euro. Zu beziehen von bpb-Vertrieb DVG, Postfach 1149, 5333 Meckenheim oder: → www.bpb.de > Publikationen

· Datenreport 2002; Schriftenreihe Band 376; Bestell-Nr. 1.376

Jede Menge Daten und Fakten zu Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Zum vorliegenden Thema v.a. wichtig: Kapitel 11: Öffentliche Haushalte.

· Pocket Wirtschaft; Bestell-Nr. 5.342; Bonn 2003. 160 Seiten.

Handliches Wirtschaftslexikon der Bundeszentrale für politische Bildung.

· Wirtschaft heute; Schriftenreihe Nr. 335, Bestell-Nr. 1.092.

Bonn 2003, 335 Seiten.
Anschauliche Einführung zu Grundlagen und Problemen der aktuellen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mit zahlreichen Abbildungen.

· Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte Nr.: B 10-11/2000:

Kommunalpolitik.

Internet- und Kontaktadressen

Institutionen/Organisationen

- Bundesregierung: → www.Bundesregierung.de
- Bundesfinanzministerium: → www.bundesfinanzministerium.de
- Deutscher Bundestag: → www.bundestag.de

Landesregierungen (Beispiele)

- Baden-Württemberg: → www.landesregierung-bw.de
- Nordrhein-Westfalen: → www.nrw.de
- Brandenburg: → www.brandenburg.de

Statistisches Bundesamt

(mit Links zu allen Statistischen Landesämtern)

→ www.statistik-bund.de

Deutsche Bundesbank:

→ www.bundesbank.de > Volkswirtschaft > Monatsberichte.

Die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank enthalten regelmäßig Berichte und Statistiken über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Sie sind hier als downloads verfügbar.

Bund der Steuerzahler: → www.steuerzahler.de



Arbeitgeber/Gewerkschaften:

Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (→ www.iwkoeln.de)

bringt drei Schriftenreihen heraus – wobei die Darstellungen die Sicht der Wirtschaft bzw. der Arbeitgeber widerspiegeln:

· **iwd** – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (auch online verfügbar unter → www.iwkoeln.de/Publikationen > allgemeine Infodienste > iwd)

· **Wirtschaft und Unterricht**

· **Thema Wirtschaft**

Aus der Sicht der **Gewerkschaften** (→ www.dgb.de) kann man sich in folgenden Broschüren informieren (das aktuelle Heft als download):

· **Einblick** (Themenübersicht über die Adresse → www.einblick.dgb.de)

· **Gewerkschaftliche Monatshefte:** Themenübersicht über die Adresse → www.gmh.dgb.de

(eine Auswahl von Artikeln der aktuellen Hefte ist online gestellt)

Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

- Bestell-Nr.: 5.383 _____ Nr. 33: Internet-Sicherheit
 Bestell-Nr.: 5.384 _____ Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU
 Bestell-Nr.: 5.385 _____ Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen
 Bestell-Nr.: 5.386 _____ Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA
 Bestell-Nr.: 5.387 _____ Nr. 37: 20. Juli 1944 – Attentat auf Hitler
 Bestell-Nr.: 5.388 _____ Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie

Weitere Themenblätter: siehe Umschlagseite 2!

- Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____

Jede Ausgabe enthält das Arbeitsblatt 27-29 fach!

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet unter → www.bpb.de (Publikationen).

Themenblätter für die Grundschule

Doppelseitiges buntes Wimmelarbeitsblatt; pro Ausgabe 15fach plus Lehrerhandreichung:

- Bestell-Nr. 5.350 _____ Nr. 1: Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt
 Bestell-Nr. 5.349 _____ Nr. 2: Meine Freiheit, deine Freiheit

- Pocket Politik** _____ Exemplare
 Pocket Wirtschaft _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.340 _____ Methoden-Kiste

- Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien,
 Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Timer bitte nicht mit diesem Coupon bestellen!
 (Siehe Rückseite)

Liebe Leute,

Im Juni 2004 erscheint der **bpb-Timer für das Schuljahr 2004/2005!**
Vorbestellen kann man ab sofort.

Mitwissen, mitreden, mitmischen: der informative Hausaufgabenkalender der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb enthält zu jedem Kalendertag interessante Mitteilungen aus aller Welt, aus Politik und Zeitgeschichte, Gesellschaft und Kultur. Jede der 53 Wochen ist auf je einer Doppelseite im speziellen Timer-Design gestaltet und farbig bebildert. Die Wochentage gibt's in 53 Sprachen von Albanisch und Arabisch bis Vietnamesisch und Walisisch. Dazu gehört ein Serviceteil mit Stundenplänen und Ferienkalendern, Wissenswertern, Landkarten sowie Tipps fürs Überleben in Schule und Gesellschaft. Und einen sorgfältig recherchierten Teil mit Links und Adressen für diejenigen, die noch mehr wissen möchten.

Bestellen kann man so:

1. Online: → www.bpb.de/timer
2. per Fax: 01805- 84 63 72 72 (12 Cent pro Minute)
3. per Postkarte: bpb-Timer, Postfach 810627 in 30506 Hannover
4. per SMS: 84422 (Muster: timer, einzelexemplar, marie muster, timerweg 1, 88888 musterdorf); 49 Cent pro SMS; leider nicht aus dem D1-Netz.
Kommas nicht vergessen!

Die Bereitstellungspauschale beträgt pro Exemplar 2.- Euro.
Für Sammelbesteller gibt es Rabatt: ab 5 Exemplaren kostet der Timer nur noch 1.- Euro pro Exemplar und ab 100 Exemplaren 75 Cent. Dazu kommen jeweils 3 Euro Porto- und Verpackungspauschale. Die Bearbeitung und Auslieferung besorgt die Firma youngkombi.

Lieferzeit: etwa 7 Tage.

Achtung: Paketversand an Schuladressen **nur** vor und nach den jeweiligen Sommerferien, wenn die Sekretariate besetzt sind (um unnötige und teure Rücksendungen zu vermeiden).

Lieferung leider nur an Inlandsadressen und nur, **so lange der Vorrat reicht.**

Mai-Aktion für Aufgeweckte:

Alle „Multiplikatoren“ – das sind zum Beispiel Schulen und Schulsprecher/innen sowie Schülerzeitungsredaktionen – können bis zum 20. Mai ein kostenloses Musterexemplar bestellen.

Alle anderen können aber auch einen neuen Timer gewinnen:
beim **Timer-Online-Quiz** (ebenfalls unter → www.bpb.de/timer). Wer sich bis zum 20. Mai mit der richtigen Lösung bei uns meldet, bekommt einen kostenlosen Timer zugeschickt.



(da issert!)

Für **Fax-Besteller** (01805- 84 63 72 72 /12 Cent pro Minute):

Bitte senden Sie an folgende Adresse Exemplare des bpb-Timers 2004/2005.

Name:

Schule:

Straße:

PLZ:

Ort:

Unterschrift:

→ www.bpb.de/timer
Achtung!
Lieferung nur an Inland-
Adressen.

Fax: 0 89-5 11 72 92

E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma
Franzis' print & media
Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift (nur Inland-Adressen!)

SCHULE PRIVAT

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: